

Zur Person

Marcin Król – Polnischer Diplomat, Generalkonsul und 1. Botschaftsrat der Republik Polen in Berlin

- **Studium** der Politikwissenschaft an der Universität Warschau
- **2000 bis 2003** zuständig für Finnland und baltische Staaten im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
- **2003 bis 2009** Vizekonsul der Botschaft der Republik Polen in Bern
- **2009 bis 2010** Assistent des Staatssekretärs im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
- **2010 bis 2015** 1. Sekretär für politische und ökonomische Angelegenheiten in der Botschaft der Republik Polen in Bern
- **2015 bis 2016** Fachreferent im Sekretariat des polnischen Außenministers
- **2016 bis 2020** Botschaftsrat und Konsul im Generalkonsulat der Republik Polen in München. Dort verantwortlich für politische, ökonomische und kulturelle Angelegenheiten, wie auch für Angelegenheiten der Auslandspolen in Bayern und Baden-Württemberg.
- **ab Januar 2022** Konsul der Republik Polen (Generalkonsul) in Berlin

2002 wurde Marcin Król vom Präsidenten Estlands, mit dem Orden des weißen Sterns ausgezeichnet. Für Verdienste um die polnische Unterstützung des NATO-Beitritts des Landes.



„Unsere Warnungen wurden auf die leichte Schulter genommen“

Polens Generalkonsul Marcin Król: Deutschlands Führungsspitze hat die Gefahr, die von Russland ausging, nicht wahrgenommen

Von allen EU- und NATO-Staaten ist Polen am stärksten vom Krieg in der Ukraine betroffen. Nicht nur, weil unmittelbar an der Grenze Raketen

einschlagen, sondern vor allem, weil Polen das Aufnahmeland Nummer Eins mit mehr als 2,2 Millionen Kriegsflüchtlingen ist.

? Herr Konsul Król, stemmt Ihr Land aus eigener Kraft diese Herkulesaufgabe – oder erfährt Ihr Land durch andere EU-Länder Unterstützung und Hilfe?

Konsul Marcin Król: Bedauerlicherweise ist es leider so, dass wir diese Herkulesaufgabe selbst stemmen müssen. Wir

hoffen aber, dass Polen in absehbarer Zeit eine konkrete Unterstützung seitens der EU erhalten wird. Es gab zudem auch Geldgeber-Konferenzen, die wir gemeinsam mit Schweden organisiert haben und die die beachtliche Summe von 6,3 Milliarden Euro erbracht haben. Also Gelder, die ausschließlich den ukrainischen

Kriegsflüchtlingen zugutekommen sollen, sowohl denen, die das Land verlassen mussten, wie auch jenen, die ihre Häuser verloren haben und in der Ukraine geblieben sind. Faktisch ist es aber so, dass wir größtenteils noch auf unsere eigenen Ressourcen zurückgreifen müssen. Es gibt einen Fonds in Höhe von

7,9 Milliarden polnische Zloty, also von zirka 1,8 Milliarden Euro, der für die Kriegsflüchtlinge bereitgestellt wurde. Diese Gelder werden den Gemeinden bereitgestellt für medizinische Versorgung, für Bildung, für Unterhalt und Lebensmittel, für Transport und Logistik der ukrainischen Flüchtlinge.

? Die ukrainischen Kriegsflüchtlinge erhalten in Polen unbürokratisch Zugang zum Arbeitsmarkt, zur Schule und Studium, sie erhalten medizinische Versorgung, Kindergeld und Sozialhilfe. Zudem verzichtet der Staat zunächst auf die Mehrwertsteuer auf Energie und Grundnahrungsmittel. Wäre es jetzt nicht an der Zeit, dass Polen von den weniger betroffenen EU-Staaten, wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen geht, so etwas wie eine Kriegsdividende erhält?

Konsul Marcin Król: Polen braucht keine Kriegsdividende. Wir erwarten nur, dass die EU Kommission in dieser enormen Krisensituation Flexibilität und schnelles Handeln zeigt. Um es deutlich zu sagen: Das Geld ist nicht für Polen bestimmt, sondern ausschließlich für die ukrainischen Kriegsflüchtlinge.

? Auf einer Tagung des Berliner Kreises ließ ein Satz von Ihnen aufhorchen: „Wenn wir jetzt nicht handeln, wird Butscha nur ein Prolog sein.“ Welche Erkenntnis, welche Befürchtung verbirgt sich hinter dieser Aussage?

Konsul Marcin Król: Wir als Polen blicken auf ausgesprochen schlechte Erfahrungen mit Russland beziehungsweise mit der Sowjetunion zurück. Putins Ziel ist eindeutig: Er will eine Renaissance der alten Sowjetunion – also sein imperiales Ziel verwirklichen. Dazu reicht ein Blick zurück auf das Jahr 1939. Am 1. September wurde Polen von Nazi-Deutschland angegriffen und nur kurze Zeit später, am 17. September 1939, von der Sowjetunion. Ich rede hier vom Hitler-Stalin-Pakt. Es war also nicht nur ein Angriffskrieg des damaligen Deutschland gegen Polen, sondern auch ein Angriffskrieg gegen uns von Seiten der Sowjetunion. Und die Sowjets haben damals schreckliche Kriegsverbrechen verübt. Ich darf nur das Massaker von Katyn erwähnen, ein furchtbares Verbrechen, als 22.000 größtenteils polnische Offiziere, Polizisten und Beamte im April und Mai

1940 von dem damaligen sowjetischen Sicherheitsdienst NKWD umgebracht wurden. Wir wissen also, wozu die Sowjetunion fähig war. Und wir müssen jetzt davon ausgehen, dass auch das heutige Russland nach Butscha zu barbarischen Kriegsverbrechen fähig ist. Ich sage auch ganz deutlich, Polen ist auch nicht durch sowjetische Soldaten 1944-1945 befreit worden, sondern mein Land musste bis 1989 warten, um endlich sich aus der „Befreiung“ zu lösen. Lassen Sie uns bitte auch nicht vergessen, dass die sowjetischen Soldaten beim Einmarsch in Polen und dann in Deutschland schreckliche Verbrechen, vor allem an den Frauen, begangen haben. Sofern ich mich erinnere, wurden allein zwei Millionen deutsche Frauen vergewaltigt. Das alles lässt sich nicht aus der Geschichte entfernen, das sind Fakten. Und deshalb ist unsere Befürchtung: Wenn heute russische Soldaten Gräueltaten wie in Butscha vollziehen, werden sie auch weitere Kriegsverbrechen begehen, wenn sie nur die Möglichkeit dazu haben.

? Befürchten Sie, dass Putin so weit geht, die polnische Grenze zu überschreiten? Dann hätten wir den Bündnisfall.



„Polen ist auch nicht durch sowjetische Soldaten 1944-1945 befreit worden, sondern mein Land musste bis 1989 warten, um endlich sich aus der „Befreiung“ zu lösen.“

Konsul Marcin Król: Ich denke, dass Putin sich dessen bewusst ist. Aus Sicht Polens und der westlichen Staatengemeinschaft ist es wichtig, dass die Ukrainer ihre Souveränität behalten, dass sie die russischen Armeen zurückdrängen und dass sie diesen Krieg gewinnen. Klar ist aber auch, dass die russische Politik auf Imperialismus ausgerichtet ist. Dieser, wir bezeichnen es auch als Raschismus, eine Art Nationalfaschismus, kann auf längere Sicht für andere Staaten sehr gefährlich sein – vor allem für Litauen, Lettland und Estland. Deshalb müssen wir dieses Risiko im Auge behalten und uns auf alle Eventualitäten vorbereiten. Aus diesem Grund ist es unsere Pflicht, die Abschreckungsfähigkeiten der NATO so zu stärken, dass Russland nicht im Gerینگsten daran denkt, die Bündnis-Staaten anzugreifen.

? Ihr Präsident Duda wird wie folgt zitiert: „Russlands Präsident Wladimir Putin will das Zarenreich wieder errichten, bis hin nach Kalisz.“ In Kalisz, einer der ältesten polnischen Städte, hatte im 19. Jahrhundert Moskau das Sagen. War Dudas Aussage eine rhetorische Metapher oder wirklich ernst gemeint?

Konsul Marcin Król: Unser Präsident und die meisten unserer Experten sind davon überzeugt, dass Russland gewaltige innere Probleme hat, die größtenteils wirtschaftlicher Natur sind und ein soziales Ungewicht, wie auch ein zutiefst korruptes System verdeutlichen. Wir glauben, dass der Kreml den nationalen Zusammenhalt dadurch stärken möchte, dass Russland imperial aktiv ist, seine Nachbarn angreift und Kriege führt, um das „System Putin“ am Leben zu halten.

? Auf der Tagung des Berliner Kreises sagten Sie weiter, dass Russland über Jahrhunderte versucht habe, die polnische Identität auszulöschen. In weiten Kreisen der russischen Bevölkerung gilt aber nach wie vor Deutschland als Staatsfeind Nummer eins. Insofern wäre es doch erforderlich, dass es zwischen Polen und Deutschland zu einer verstärkten militärischen Zusammenarbeit kommt. Oder scheitert es daran, dass es auch in Polen immer noch erhebliche Vorbehalte in der Bevölkerung aufgrund des Zweiten Weltkriegs gegenüber Deutschland gibt?

Konsul Marcin Król: Polen arbeitet sehr eng mit Deutschland zusammen – auch militärisch. Allerdings mache ich keinen Hehl daraus, dass sich die Bundeswehr verstärken muss. Deshalb begrüßen wir den Entscheid der Bundesregierung, künftig zwei Prozent des Bruttosozialproduktes für die Verteidigung auszugeben, beziehungsweise einen Fonds von 100 Milliarden Euro aufzulegen, um die Wehrfähigkeit und die NATO-Verpflichtungen auf Dauer zu gewährleisten. Wir Polen modernisieren unsere Streitkräfte auch – und das seit vielen Jahren. Ab dem nächsten Jahr werden wir drei Prozent unseres Bruttosozialprodukts für unsere Armee bereitstellen. Das sind immerhin rund 19 Milliarden Euro. Sie sehen also, wir machen unsere Hausaufgaben und es scheint so, dass jetzt auch Deutschland seine macht. Deutschland und Polen haben das gemeinsame Ziel, eine verteidigungsfähige NATO zu haben, die abschreckend auf Putin wirkt.

? Gibt es in Polen einen Parteienstreit um die Drei-Prozent-BIP-Regelung? In Deutschland wird bereits von bestimmten Kreisen massiv gegen die deutsche Zwei-Prozent-Regelung opponiert.

Konsul Marcin Król: In Polen gibt es parteiübergreifend Konsens zur Drei-Prozent-Regelung. Auch die Oppositionsparteien sprechen sich für eine Stärkung der polnischen Armee aus.

? Polen fordert eine NATO-Friedensmission. „Diese Mission kann keine unbewaffnete Mission sein“, zitierte die Nachrichtenagentur PRP den polnischen Vize-Regierungschef Jaroslaw Kaczynski. Liegt in dieser Forderung nicht die Gefahr, dass die NATO unmittelbar in den Ukraine-Krieg eingreift und damit als Kriegspartei gilt?

Konsul Marcin Król: Die NATO-Friedensmission war eine interessante Idee. Im Rückblick hätte ich mir sehr gewünscht, wenn man in Deutschland ein bisschen mehr in das hineingehört hätte, was wir gesagt haben. Wir haben nämlich zu

Beginn des Angriffskrieges Russlands gesagt, dass die Ukraine Waffen benötigt. Also nicht nur Helme. Und wir haben auch den Vorschlag gemacht, dass man eventuell die polnischen MiG-29 Flugzeuge den Ukrainern zur Verfügung stellen könnte – und zwar von Rammstein, einer amerikanischen NATO-Basis, aus. Seinerzeit hat Deutschland sehr abweisend reagiert und meinte, eine solche Maßnahme sei zu riskant und könnte zu einem Konflikt mit der NATO führen. Es ist meine tiefe Überzeugung, dass



„Polen hat ein deutlich besseres Verständnis für die Gefährdung, die von Russland ausging, gehabt. Dieses Bewusstsein hat Deutschlands Führungsspitze leider viel zu lange gefehlt.“

auch eine solche Lieferung zu keinem Konflikt mit dem Bündnis führen würde, weil Putin sich mittlerweile sehr bewusst darüber ist, wie schwach seine Armee in Wirklichkeit ist.

? Glauben Sie wirklich, dass Putin sich darüber im Klaren ist, wie schwach seine Armee ist? Zumindest in den deutschen Medien kann man lesen, dass er schlecht beraten sei und er nur das zu hören bekommt, was er gerne hören möchte.

Konsul Marcin Król: Natürlich kann man nur darüber spekulieren, was Putin für Informationen erhält und wie das System und der innere Zirkel rund um ihn tatsächlich funktionieren. Aber ich denke, dass er sich schon dessen bewusst ist, dass dieser Krieg nur schwer zu gewinnen ist.

? Ein anderes Thema: Polen hat sich sehr frühzeitig aus der Abhängigkeit von russischen Gasimporten befreit – im Gegensatz zu Deutschland. Haben Sie dennoch Verständnis dafür, dass sich Deutschland nicht von heute auf morgen von russischen Gas- und Öllieferungen freimachen kann, wenn es nicht riskieren will, dass die gesamte deutsche Volkswirtschaft zusammenbricht?

Konsul Marcin Król: Auch in diesem Fall hätte ich mir gewünscht, dass die deutsche Seite mehr auf das gehört hätte, was wir in Polen über viele Jahre gesagt und gemacht haben. Wir haben uns sehr frühzeitig von russischen Rohstoffimporten unabhängig gemacht, indem wir auf LNG-Gas gesetzt haben. Deutschland hat uns damals vorgeworfen, dass wir dadurch die EU mit amerikanischem Gas überfluten wollten und man hat suggeriert, dass Polen nur die Interessen der Amerikaner vertreten würde. Heute wollen viele EU-Länder diese LNG-Terminals an ihren Küsten haben. Auch Deutschland plant inzwischen, welche zu bauen. Außerdem möchte ich betonen, dass wir auch große Reserven an Erdgas angelegt

haben. Unsere Reserven, unsere Speicher sind sehr gut gefüllt – im Gegensatz zu den deutschen. Und deshalb können wir mit diesen Reserven über die nächsten Monate unsere Bevölkerung versorgen und wir werden zudem auch gleichzeitig andere Ressourcen haben. Bis Ende des Jahres wird eine Pipeline von Norwegen nach Polen für norwegisches Erdgas fertiggestellt sein. Insofern darf ich konstatieren, dass wir absolut weit-sichtig gehandelt haben und ein deutlich besseres Verständnis für die Gefährdung, die von Russland ausging, gehabt

haben. Dieses Bewusstsein hat Deutschlands Führungsspitze leider viel zu lange gefehlt.

? Sie sprechen Frau Merkel an. Deren Affinität zu Russland ist ja nun bekannt.

Konsul Marcin Król: Es gab viele deutsche Politiker, die ähnlich wie Frau Merkel dachten. So bei der Forcierung von Nord Stream 2. Über viele Jahre hatten wir Warnungen an die deutsche Seite gerichtet, die aber einfach so abgetan wurden, als wenn es sich um unberechtigte Fantasien der polnischen Seite gehandelt hätte.

? Gemeinsam mit Tschechien, der Slowakei und Ungarn bildet Ihr Land die einflussreiche Visegrad-Gruppe der EU – man spricht auch von einem östlichen Gegengewicht zur Achse Paris-Berlin. Inzwischen sprechen erste Kommentatoren bereits vom Ende von Visegrad, weil sich Victor Orbán weigert, über ungarisches Territorium Waffenlieferungen an die Ukraine zuzulassen und ein Energie-

Embargo ablehnt. Wenn national-konservative Regierungen im Osten nicht mehr geschlossen auftreten, könnten sich Allianzen in der EU neu bilden. Kann das im Interesse Polens sein?

Konsul Marcin Król: Es ist kein Geheimnis, dass wir mit Budapest unterschiedlicher Meinung sind – in Bezug auf das Verhältnis zu Russland. Das heißt aber nicht, dass deshalb die Visegrad-Gruppe auseinanderfallen wird. Die Polen, Tschechen, Slowaken und Ungarn wissen sehr wohl, dass wir gemeinsam ein großes Gewicht innerhalb der Europäischen Union haben. Ich habe mir vor unserem Gespräch einmal die neuesten Zahlen angeschaut: Der Außenhandel Deutschlands mit den Visegrad-Staaten summiert sich auf 340 Milliarden Euro pro Jahr und liegt deutlich über dem mit China, das einen Handelsaustausch mit Deutschland von etwa 245 Milliarden Euro pro Jahr erzielt. Ganz zu schweigen mit Russland. Hier beträgt der Handelsaustausch gerade einmal 60 Milliarden Euro. Allein der polnische Handelsaustausch mit Deutschland liegt bei etwa 150 Milli-

arden Euro pro Jahr und hat damit annähernd dreimal die Größe des Handelsaustausches mit Russland. Ich glaube, dass diese Zahlen für sich sprechen. Lassen Sie mich aber abschließend noch einmal zusammenfassend auf das zurückkommen, was wir zu Anfang unseres Interviews bereits facettenreich beleuchtet haben. Ich erinnere an das Jahr 2008. Seinerzeit hat der damalige Präsident Lech Kaczyński nach der russischen Invasion in Georgien klare Worte gefunden. Er sagte, dass die nächsten Ziele unter anderem die Ukraine, aber auch dann vielleicht Polen und die baltischen Staaten sein könnten. Seinerzeit gingen unsere Warnungen hinaus in alle Welt, aber in Deutschland hat man dies nicht hören wollen und auf die leichte Schulter genommen. Was man mit dem englischen Wort Appeasement sehr gut umschreiben könnte. Ich glaube, hätte die deutsche Seite damals ein wenig mehr auf uns gehört, hätte dies auch zu einer anderen Politik gegenüber Russland geführt und der verbrecherische Krieg gegen die Ukraine hätte vermieden werden können. ■



Mit Konsul Marcin Król sprachen Anita und Joachim Schäfer

IMPRESSUM

DER SELBSTÄNDIGE/MITTELSTAND DIGITAL

ISSN 0946-3224
Offizielles Organ des Bundes der Selbständigen, LV NRW und der Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer e. V.
Ferdinand-Porsche-Str. 1, 59439 Holzwickede
Tel. (02301) 91 96 8, 0, Fax (02301) 91 96 8, 29
E-Mail: info@bvmu.de
Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Anita Schäfer, Friedhelm Ost

Fotos: Dennis Read, Janina Schäfer, BDS Archiv, Laurence Chaperon
Erscheinungsweise: 10 x jährlich
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Dortmund
Bezugsbedingungen:
Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zur BVMU abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.
© by: BDS/BVMU e. V.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr.

Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben bei der BVMU e. V. und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Briefe und Manuskripte an:
BDS/BVMU e. V.
Ferdinand-Porsche-Str. 1, 59439 Holzwickede
Internet: www.bvmu.de
E-Mail: info@bvmu.de

Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.